



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.10.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback	TOP 4 bef.
Herr Erster Bürgermeister Wersch	TOP 4

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	ab TOP 1.3
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	ab TOP 1.3, TOP 4 bef.
Frau Stadträtin Handtmann	bis TOP 4
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 1.3
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	TOP 4 bef.

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Kulturdezernent Dr. Biege
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait ab TOP 5
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Engelhardt, Kulturamt ab TOP 7
Herr Falk, Tiefbauamt ab TOP 5
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Raumel, Stadtbücherei ab TOP 5
Herr Rechmann, Tiefbauamt ab TOP 5
Herr Simon, Hauptamt
Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus bis TOP 5
Herr Wamsler, Ordnungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

entschuldigt

Herr Stadtrat Brenner

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.1.	Bürgerfragestunde - Belagsanierung Kapuzinerstraße	
1.2.	Bürgerfragestunde: Weg entlang des Wolfentalbachs	
1.3.	Bürgerfragestunde: Neubau Hindenburgstraße 10	
1.4.	Bürgerfragestunde: Bauvorhaben Pfluggasse	
2.	Aufstellung des Bebauungsplans "Pfluggasse/Bachgasse"	179/2007
3.	Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch" - Rechtliche Bewertung des Vorbringens aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung	182/2007
4.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Waldseer Str./Mühlweg/Wiesenstraße" - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss -	176/2007
5.	Der städtische Beitrag zum lebensbegleitenden Lernen in Biberach (Erster Weiterbildungsbericht)	186/2007 + 186/2007 - 1
6.	Arbeitsgruppe "Schilderwald"; Abschlussbericht und Auflösen der Arbeitsgruppe	177/2007
7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2005 und der Ergebnisverwen- dung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	173/2007
8.	Annahme von Spenden für das 3. Quartal 2007	183/2007
9.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.09.2007	184/2007
10.	Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie (END-Environmental Voice Directive)	174/2007
11.1.	Bekanntgaben: Verabschiedung Heinz Wamsler	
11.2.	Bekanntgaben: Mitteilungsblatt Ringschnait	
12.1.	Verschiedenes: Kosten Neubau Hallenbad	
12.2.	Verschiedenes: Leitbild katholischer Kindergärten	
12.3.	Verschiedenes: Baumfällaktion „Im Forstgarten“	
12.4.	Verschiedenes: Beschilderung Parkhaus Wieland-Park	
12.5.	Verschiedenes: Waldorf-Verein	
12.6.	Verschiedenes: Otto-Schlecht-Straße	

Die Mitglieder wurden am 11.10.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-
teil der Schwäbischen Zeitung am 18.10.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1.1 Bürgerfragestunde - Belagsanierung Kapuzinerstraße

Herr Robert Pfender bringt vor, am 23. Juli habe eine Frau an das Tiefbauamt schriftlich die Bitte geäußert, die Kapuzinerstraße 2 - 4, bis zum Kindergarten, zu reparieren, da die Straße in einem desolaten Zustand sei. Die Frau sei hingefallen. Sie habe jedoch keine Antwort erhalten.

OB Fettback erwidert, ihm sei nichts bekannt. Es sei nicht gut, wenn kein Zwischenbescheid erteilt worden sei. Dies wäre nach einer internen Dienstanweisung innerhalb von vier Wochen erforderlich.

BM Ogertschnig **sagt ein Antwort zu**. Das Baubetriebsamt werde sich die Situation vor Ort unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit ansehen.

TOP 1.2 Bürgerfragestunde: Weg entlang des Wolfentalbachs

Herr Robert Pfender bringt vor, die Stadt habe am Wolfentalbach einen Teil eines Grundstücks verkauft, auf dem Garagen für die Riedlinger Straße gebaut würden. Seines Wissens handle es sich um das Haus Holzmühle. Es sei in sehr schlechtem Zustand und alles Mögliche (Bretter, Altholz) liege dort herum. Der Weg werde aber von Jakobuswegwanderern und Radlern stark genutzt. Daher sollte man für Ordnung sorgen.

TOP 1.3 Bürgerfragestunde: Neubau Hindenburgstraße 10

Eine Bürgerin spricht die Anordnung der Fenster beim Neubau Hindenburgstraße an und fragt, ob die vorgesehene Anordnung der Altstadtsatzung entspreche.

Dann bringt sie noch vor, der Neubau Neben dem „Stecken“ passe ihres Erachtens auch nicht zur Altstadtsatzung.

BM Ogertschnig erwidert, die Dimensionen des Neubaus auf dem ehemaligen Brauereigelände seien in Ordnung. Man habe die Baumaßnahme öffentlich in den Gremien vorgestellt und dort seien die Dimensionen als richtig erachtet worden. Er empfiehlt, dies zu diskutieren, wenn die Maßnahme abgeschlossen sei.

Zu den Fenstern des Neubaus in der Hindenburgstraße rät er, abzuwarten, wie die Fenstereinteilung erfolge, was sicher eine Veränderung gegenüber dem Plan bringe. Seines Erachtens entstehe ein sympathisches Haus.

OB Fettback fügt an, die Innenstadt benötige Lebendigkeit.

TOP 1.4 Bürgerfragestunde: Bauvorhaben Pfluggasse

Eine Bürgerin bringt vor, die Anlieger der Pfluggasse hätten Einwendungen gegen das vorgesehene Bauvorhaben vorgebracht. Sie fragt, wann sie einen Bescheid erhielten.

OB Fettback verweist auf das Bebauungsplanverfahren, das eingeleitet werde und auf der Tagesordnung derselben Sitzung stehe. In diesem Verfahren würden die Bürger beteiligt.

BM Ogertschnig fügt an, man habe versucht den Antragsteller dazu zu bewegen, seinen Antrag zurückzunehmen, was im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens gefordert werden könne.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 179/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.10.07.

BM Ogertschnig erläutert den Sachverhalt. Man habe versucht, das Bauvorhaben nach § 34 BauGB zu genehmigen. Aufgrund der Einsprüche sei dieses Verfahren jedoch verwehrt. Weshalb man einen Bebauungsplan aufstellen wolle, in dessen Verfahren die Bürger zweimal die Möglichkeit hätten, sich zu beteiligen.

StR Kolesch begrüßt namens der CDU-Fraktion dieses geordnete Verfahren. Die CDU-Fraktion trage die Absicht mit, das Ziel einer Verbreiterung der Pfluggasse aufzugeben. Er hoffe, dass alle Beteiligten sich aufeinander zu bewegen und etwas Gutes für die Stadt entstehe.

StR Keil findet eine durchgehende Sanierung für die Kernstadt erforderlich, wozu die Aufstellung des Bebauungsplans einen entscheidenden Schritt darstelle. Bislang habe man viele unschöne Stellen. Auch die weiteren Bebauungsplanziele wie die Veränderung der Verkehrssituation seien erstrebenswert. An der öffentlichen Diskussion habe ihn beispielsweise an den Leserbriefen gestört, dass man dem Gemeinderat unlautere Beweggründe unterstellt habe. Der Gemeinderat sei wachsam und habe keine unkorrekte Beweggründe.

StR Zügel begrüßt, dass mit dem Bebauungsplan der Abwägungsprozess eingeleitet werde, der beiden Polen, wirtschaftlichen Interessen und Anwohnerinteressen, gerecht werde. Die Weiterentwicklung der Altstadt müsse weitergehen, denn sie sei kein Museum. Wenn über 20 Jahre in einem Quartier keine positive Entwicklung erfolgt sei, müsse man über geplante Investitionen froh sein. Daher sei ein sachorientierter Kompromiss anzustreben, was die Gebäudehöhe und die Giebelausrichtung betreffe.

StRin Brunner schließt sich ihren Vorrednern an und äußert den Wunsch einer giebelständigen Bebauung, abweichend von der derzeitigen Planung.

Auch StR Braig bezeichnet das Verfahren als richtig, da es die Möglichkeit schaffe, die Anwohner einzubeziehen und unter Berücksichtigung der Altstadtsatzung, die überarbeitet werden müsse, geordnete Verhältnisse für alle zu schaffen. Der Bebauungsplan schaffe auch gleiche Rahmenbedingungen für alle.

StRin Vollmer erinnert an den seit über einem Jahr vorliegenden Antrag der Freien Wähler, die Altstadtsatzung zu ändern.

StR Funk meint, eventuell könnte es sinnvoll sein, das Grundstück 119 dem Investor für Parkplätze anzubieten.

OB Fettback erwidert, im Rahmen des Bebauungsplans könne man alles diskutieren.

BM Ogertschnig lässt wissen, die Altstadtsatzung sei in Bearbeitung und benötige hoffentlich nicht so lange wie der Sportbericht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 07-057 vom 24.09.2007, mit unterbrochen bandierter Umrandung dargestellten Bereich, wird der Bebauungsplan „Pfluggasse/Bachgasse“ gemäß BauGB aufgestellt. Die Ortsbaupläne „Pfluggasse/Bachgasse (Viehmarktstraße)“ – Nr. 142, „Bachgasse/Pfluggasse“ – Nr. 179 und der Bebauungsplan „Viehmarkt/Spital“ – Nr. 288 werden damit geändert.

**TOP 3 Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch"
- Rechtliche Bewertung des Vorbringens aus der vorgezogenen
Bürgerbeteiligung**

182/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 182/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.10.07.

StR Kolesch erklärt sich namens der CDU-Fraktion mit dem Kompromiss zufrieden. Die Verwaltung habe eine klare Darstellung auf die Einsprüche verfasst und dargelegt, dass es sich um eine nachholende Gleichbehandlung handle. Die Erschließung der Grundstücke erfolge privat ohne Belastung Dritter. Der Charakter Hagenbuchs werde nicht verändert und die Abrundung passe zum Weiler.

StR Keil lobt das Stadtplanungsamt für die Fleißarbeit. Es seien viele Detailfragen geklärt worden und nun eine ordentlich, korrekte und einigermaßen gerechte Lösung gefunden. Die SPD-Fraktion werde nicht einheitlich abstimmen. Die Gegner wollten der betreffenden Familie das Bauen nicht grundsätzlich verbieten, sondern es sei die Frage aufgekommen, was individuelles Vorgehen auslösen könnte, nämlich weitere Sonderwünsche an anderer Stelle, die dann schwerer gelöst werden könnten. Es werde die Meinung vertreten, dass eventuell ein Präzedenzfall geschaffen würde. Von der Verwaltung sei bestätigt worden, dass alle Hagenbacher mit Bauplätzen versorgt seien, so dass eigentlich kein Neid aufkommen sollte.

StR Dr. Compter erinnert daran, Hintergrund der Bebauungsplanänderung sei der Wunsch nach Gerechtigkeit gewesen. Die Freien Wähler hätten im Gegensatz zur Mehrheit des Gemeinderats der Änderung nicht zugestimmt und sähen sich nun in ihrer Einschätzung bestätigt. Die Bebauungsplanänderung habe ihr Ziel verfehlt. Daher sei die Vorlage vom 12.07.07 richtig und die Freien Wähler lehnten die neue Vorlage mehrheitlich ab.

StR Späh meint, die Kompromissentscheidung falle nicht leicht. Man könne eine gewisse Gleichbehandlung erreichen und habe die Hoffnung, dass sich nun die Situation beruhige, weshalb die Grünen zustimmten.

Auch StR Braig spricht von nachholender Gerechtigkeit.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 8 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Entwurf „Hagenbuch“ wird zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan in der Fassung des Deckblattes vom 26.09.2007, Index 1 im Maßstab 1 : 500.**
- 2. Die nachfolgenden Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Hagenbacher Bürgern werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern mitzuteilen als das Ergebnis einer ersten Abwägung.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 176/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.10.07.

OB Fettback ist befangen, übergibt den Vorsitz an EBM Wersch und verlässt den Sitzungstisch. Auch die StRe Hagel und Wiest sind befangen und verlassen den Sitzungstisch.

StR Funk kündigt wie schon immer bei diesem Thema seine Ablehnung an. Seines Erachtens handelte es sich um eine nachträgliche Nutzungserweiterung. Es sei eine Verdichtung vorgesehen und keine Aussage der Verwaltung, wann eine Verdichtung richtig sei und wann dagegen Grünfläche erhalten werden müsste. Hauptgrund seiner Ablehnung sei jedoch, dass die Probleme des ruhenden Verkehrs nicht gelöst würden. Für den Besucherverkehr seien öffentliche Parkplätze erforderlich.

StRin Brunner kündigt die Ablehnung der Grünen aufgrund der vorgesehenen Höhen und der damit verbundenen Beeinträchtigung umliegender Gebäude an. Ein halbes Geschoss niedriger wäre ein Kompromiss gewesen. Die Bebauung in der Waldseer Straße finde man in Ordnung.

BM Ogertschnig erwidert, nach Baurecht seien ausreichend Stellplätze vorhanden zum einen im Mühlweg und in den Straßen. Es sei generelles politisches Ziel, Verdichtungen vorzunehmen und Quartiere zu arrondieren und hier im Einzelfall Vorschläge zu unterbreiten. Der Bebauungsplan löse zwei Investitionen aus.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 5 Nein-Stimmen (StRe Brunner, Funk, Gehring, Späh, Weber), 1 Enthaltung (StR Braig) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 176/2007 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anregungen der Anwohner werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung ihrer Anregungen.**
- 2. Der Bebauungsplan „Waldseer-Str./Mühlweg/Wiesenstraße“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 883/42 vom 26.09.2007 Index 3 im Maßstab 1 : 500 wird nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 26.09.2007 Index 3 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 186/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 15.10.07. Die Beschlussempfehlung dieses Gremiums ist in Drucksache Nr. 186/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Herr Dr. Biege führt ins Thema ein und lässt wissen, von 20 Mio. € Fördermitteln für die betriebliche Weiterbildung würden bei der Bundesagentur für Arbeit nur 17 Mio. € abgerufen. Dies sei paradox und beweise, dass die Angebotsstruktur nicht ausreichend differenziert und angepasst sei. Die Bildungsmotivation der Deutschen sei im internationalen Vergleich unterentwickelt. Man habe in der Vorlage eine Bestandsaufnahme und einen Horizont aufgezeigt, wie die Weiterbildung in der Stadt über die Grenzen hinaus öffentliche Priorität erhalten könnte und wie man dies in der Region organisieren könnte. Ziel sei es, die Weiterbildungsrate auf 15% zu steigern und dies sei eine Entwicklung, an der man sich als Kommune beteiligen müsse. Man mache ein Angebot und die Menschen hätten die Pflicht zur Weiterbildung. Es existierten diverse Kooperationspartner und man wolle Neues ausprobieren. Die vhs sei immer Marktführer bei der Weiterbildung gewesen. Hierzu habe man den Stand aufgezeigt, wohin die Entwicklung gehe und dass neue Wege personalintensiv wären.

StR Dullenkopf kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu den Beschlussantragsziffern 1, 4 und 5 an. Gleiches gelte für Ziffer 2, wobei ein deutlicher räumlicher Bezug zur Volkshochschule herzustellen sei. Man nehme zur Kenntnis, dass die Vorlage sehr arbeitsintensiv gewesen sei und dem Anspruch gerecht werde, für die nächsten Jahre richtungsweisend zu sein. Auch die Analyse zur Entwicklung der Volkshochschule sei zutreffend. Sie enthalte jedoch auch einige fatalistische Einschätzungen, beispielsweise auf Seite 17 der Vorlage, die man nicht so negativ sehe. Es sei deutlich geworden, dass man in den nächsten Jahren Sorge tragen müsse, den Fokus nicht nur auf die Stadtbücherei, sondern vermehrt auch auf die Volkshochschule zu richten. Wäre ein Volkshochschulleiter an der Erstellung der Vorlage beteiligt gewesen, wäre manches vermutlich anders formuliert worden. Die vorgesehene Angebotspalette, die auf Seite 23 der Vorlage beschrieben sei, gehöre zur Volkshochschule und müsse auch räumlich entsprechend angesiedelt werden, damit für Außenstehende nicht der Eindruck entstehe, es handle sich um eine Aufgabe der Stadtbücherei. Man begrüße ausdrücklich die Aussagen von Seite 17 der Vorlage zum verstärkten Einsatz für die Volkshochschule, die im gesamten Landkreis agiere. Dies wolle man nicht wegen einer möglichen Dominanz, sondern man sei überzeugt, dass eine gemeinsame Volkshochschule den Bildungs- und Weiterbildungsauftrag so am besten wahrnehmen könne. Durch Rückschläge solle man sich nicht beeinträchtigen lassen. Ohne die Konzentration von Kräften sei es nicht möglich, ein derart ehrgeiziges Ziel wie lebenslanges Lernen auch nur annähernd zu erreichen.

StRin Kübler erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen des Haushalts 2007 zur vhs und meint, mit dem Beschluss würden erste Schritte eingeleitet, denen man zustimme. Bildungspolitisch sei Biberach sehr gut aufgestellt. Man benötige Antworten auf veränderte Bedürfnisse der Unternehmen und sehe die Chance für integratives Lernen. Auf diesem Bereich seien auch Synergien möglich, die letztlich zu Kosteneinsparungen führten. Sie äußert sich sehr positiv gegenüber der geplanten Lernwerkstatt, wobei man sich auch eine Nähe zur Volkshochschule wünsche. Die Vorhaben müssten zügig umgesetzt werden. Man müsse die Chance nutzen, dass sich zusätzliche Weiterbildungsangebote entwickelten, was der Standortstärkung diene. Daher stelle sich die

Frage, ob eine Wiederbesetzung der Amtsleitung der Volkshochschule nicht sinnvoll wäre. Man benötige eine Personalentwicklungsplanung noch vor den Haushaltsplanberatungen.

StR Zügel bezeichnet die Bedeutung lebenslangen Lernens als wichtig, was man allgemein erkannt habe. Entscheidend sei der Konkurrenzkampf der Bildungseinrichtungen, bei dem die Volkshochschule nicht zu kurz kommen dürfe. Die Stadtbücherei habe unter einer guten Leitung gegläntzt und es sei wichtig, dies der Volkshochschule auch angedeihen zu lassen. Hierzu benötige man bald eine Entscheidung. Bei der Lernwerkstatt sei eine räumliche Nähe zur Volkshochschule erforderlich. Man benötige Bildungspartnerschaften und Kooperationen. Auch dürfe man den Beitrag von Volkshochschule und Stadtbücherei zur Integration nicht unterschätzen. Man müsse eine Rendite erstreben und die Defizite gering halten, um eine positive Angebotsgestaltung machen zu können.

StR Gehring signalisiert die Zustimmung der Grünen und sieht großen Bedarf zum lebensbegleitenden Lernen. Bei der Weiterbildung sei die Frage, wo diese bezahlbar sei und wo nicht, wobei die Volkshochschule und die Stadtbücherei einen sehr wichtigen Beitrag leisteten. Beide Einrichtungen müssten ineinander greifen und sich mit allen Marktanbietern vernetzen.

StR Funk dankt für die zusammenfassende Darstellung und signalisiert die Zustimmung der FDP. Grundsätzlich hält er es für wichtiger, politisch im Sinne der Nutzer zu agieren, statt Leitlinien zu erlassen, die nicht beachtet würden. Man habe der Budgetierung der Kultureinrichtungen zugestimmt dabei aber nicht gedacht, dass man damit Entscheidungsmöglichkeiten enthoben würde. Dann kritisiert er noch die vom Ältestenrat empfohlene zeitliche Beschränkung der Diskussion zu diesem Thema.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Weiterbildungsbericht wird im Allgemeinen zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Das gemeinsame Weiterbildungs-Konzept von Stadtbücherei und Volkshochschule: „Weitblick = Weiterbildung für Durchblicker“ wird in Angriff genommen.**
- 3. Die Schaffung eines „offenen Lernorts“ wird Ende 2008 umgesetzt und die Verwaltung beauftragt, einen geeigneten Raum zu suchen. Die notwendigen Mittel werden im Vermögenshaushalt 2008 (VE) eingestellt.**
- 4. Das Leitbild der Volkshochschule wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 5. Das Leitbild der Stadtbücherei wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 177/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.10.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Dem in Ziffer 4 von Drucksache Nr. 177/2007 beschriebenen Vorschlag zum weiteren Vorgehen wird zugestimmt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 173/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig zeigt auf, ein Schuldenabbau machte keinen Sinn, da die Kreditzinsen unter 4% lägen. Eine Tilgung wäre daher für die Bürger die schlechtere Variante. Man prüfe derzeit die Abschreibungssätze und plane, das Prüfungsergebnis in der Sitzung am 10.12.07 zusammen mit dem Wirtschaftsplan vorzulegen.

StR Kolesch meint, da es sich um den Jahresabschluss 2005 handle, bewege man sich auf dem Gebiet der Geschichte. Man habe die Gebühren auf Vorschlag der Verwaltung stark um circa 30% erhöht. Man könne dabei nur dem Sachverstand der Verwaltung folgen, sei aber immer wieder über das abweichende Ergebnis überrascht. Die Vorlage sei insoweit nicht richtig durchschaubar. Jede Investition habe Auswirkungen auf die Gebühren, unabhängig von Abschreibungszeiträumen. Daher müsse sehr sorgfältig agiert werden. Er bittet den Zeitplan für die vier noch ausstehenden Regenüberlaufbecken darzulegen. Bei den Maßnahmen in der Freiburger Straße und der Kolpingstraße seien erhebliche Verkehrsprobleme zu erwarten. Er rät daher, eine Kombination mit anderen Projekten zu versuchen. Die Freiburger Straße sei erst kürzlich gesperrt gewesen. Der Anschlussgrad an die zentrale Kläranlage betrage 99,6%. Es fehlten also nur noch verschiedene Einzelgehöfte. Er bittet zu überlegen, ob für diese eine dezentrale Entsorgung nicht ein besseres Konzept wäre als der angestrebte 100%-Anschluss. Er **beantragt** dieses Thema unabhängig von Wertgrenzen im Gemeinderat zu behandeln. Dabei solle in einem detaillierten Konzept dargestellt werden, ob eine dezentrale Versorgung besser sein könnte. Auch benötige man einen Zeitplan, bis wann die größten Probleme beseitigt sein sollten. Eine gute Abwasserbeseitigung sei der beste Umweltschutz.

StR Dr. Nuding bittet den Stand der Inkassoprovision der e.wa riss mitzuteilen. Ferner bittet er die Anrechnung von Gebührenüberdeckungen zu erläutern. Er fragt, ob höhere Abwassermengen zu erwarten seien und stellt fest, beim Regenüberlaufbecken Rißegg/Rindenmoos sei es zu einer größeren Abweichung gekommen. Er fragt, ob Verluste zu erwarten seien. Ferner bittet er darzulegen, ob die Fremdwasserreduzierung gelungen sei.

StR Zügel bezeichnet es als richtig, sich für Fremddarlehen entschieden zu haben. Man müsse das Verhältnis Aufwendungen - Ertrag im Auge behalten.

StR Weber bezeichnet Wasser global als knappes Gut, das man achten müssen, auch wenn man in einer bevorzugten Region lebe. Auch er könnte sich vorstellen, dass für die noch ausstehenden Anschlüsse eine dezentrale Lösung sinnvoller sein könnte. Als Beispiel nennt er Schilfkläranlagen. Laut Ergebnisanalyse zum Erfolgsplan sei viel Grundwasser von einer Großbaustelle eingeleitet worden. Derartiges sollte seines Erachtens vermieden werden. Eine Aufklärung der Bevölkerung zur Abwasserschonung wäre wichtig. Die Zukunft müsse in der Abwasserschonung liegen.

Er signalisiert die Zustimmung der Grünen zur Vorlage.

StR Funk signalisiert Zustimmung zu den Ziffern 1 und 3 der Vorlage und **beantragt**, Ziffer 2 zu vertagen. Man habe den Eigenbetrieb in der Hoffnung gegründet, mehr Transparenz zu erreichen,

denn die Kontrolle des Abwasserpreises sei wichtig in einem angemessenen Turnus. Die Bürger wollten nicht zu viel bezahlen, weshalb häufigere, zeitnahe Anpassungen erforderlich seien. Er fragt, wann der Jahresabschluss 2006 vorgelegt werde. Er äußert den Wunsch, diesen in gebundener Form zu erhalten. Weiter fragt er, wie weit die Eigenkapitalverzinsung gesenkt werden könne, ob dies im Ermessen des Gemeinderats liege oder es gesetzliche Spielregeln gebe. Jährlich seien Überschüsse geplant, weshalb kurzfristig keine Entscheidung möglich sei. Er fragt, was für den Wirtschaftsplan 2008 vorgesehen sei.

BM Ogertschnig erwidert, in den Jahren 2006 - 2009 habe man die Gebühren angepasst und es sei nicht sinnvoll, zwischenzeitlich neue Berechnungen anzustellen. Es handle sich um einen neuen Betrieb, der Erblasten übernommen habe, die es abzarbeiten gelte. Der Wirtschaftsplan 2008 werde im Dezember 2007 vorgelegt. In ihm würden die Investitionen sowie die Verzinsungen dargestellt. Es seien noch vier Regenüberlaufbecken zu erstellen, wobei man mit dem Landratsamt eine zeitnahe Abarbeitung vereinbart habe. Zur Entwässerung des ländlichen Raums sagt er eine Information an den Gemeinderat zu, wobei der Gemeinderat dann die Möglichkeit hätte, eine andere Lösung vorzusehen. Hauptabwägung sei der Umweltschutzgedanke. Die Reduzierung von Fremdwasser sei eine Zukunftsaufgabe. Ihm sei nur eine Reduzierung von 30 Sekunden-Litern bekannt, die auf mehrere Maßnahmen zurückzuführen sei. Man wolle sich mit dem Thema zeitnah beschäftigen, da eine Kostenersparnis bei der Kläranlage zu erwarten sei.

Zur Gebührenüberdeckung lässt Frau Leonhardt wissen, ohne Überdeckungen hätte man in den letzten Jahren Verluste gehabt, die eine Gebührenanpassung erforderlich gemacht hätten. Die Eigenkapitalverzinsung habe sich durch die Umschuldung erledigt, da man nur noch echte Fremddarlehen zu günstigen Zinsbedingungen habe. Zu den kalkulatorischen Zinsen habe man dem Gemeinderat eine Vorlage zu Abwägung des Zinssatzes vorgelegt. Ziel sei immer eine längerfristige Gültigkeit gewesen.

BM Ogertschnig lässt noch wissen, die Abwassermengen hingen vom Sparwillen der Einzelnen und der Abwasserentsorgung in Neubaugebieten ab. Man rechne aber nicht mit einer großen Steigerung aufgrund des Bevölkerungswachstums, sondern dass die Abwassermengen bei gleicher Bevölkerungszahl stabil blieben. Die Inkassoregelung der e.wa riss sei durch einen Vertrag erledigt. Die zu erwartenden Mehraufwendungen im Kanal würden im Wirtschaftsplan dargelegt.

Frau Leonhardt teilt auf Frage mit, Kreditaufnahmen erfolgten nur, wenn diese kassenmäßig erforderlich seien. Es sei eine Ausnahme gewesen, dass man ein Darlehen zu einem Zinssatz von 3,55% festverzinst auf 30 Jahre habe erhalten können. Der Jahresabschluss 2006 könne 2007 nicht mehr vorgelegt werden. Zu den Zahlen müssten noch die Erläuterungen angefügt werden und dann gehe das Material an das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung.

BM Ogertschnig macht die Arbeitsüberlastung im Bereich der Entwässerung und EDV - Probleme für den späten Zeitpunkt der Vorlage verantwortlich.

OB Fettback bezieht sich auf Gebührenkonstanz. Dass die Themen des Eigenbetriebs nur im Gemeinderat behandelt würden, sei vom Gemeinderat so beschlossen worden. Wolle man eine nichtöffentliche Vorberatung, müsse dies beantragt werden. Den Jahresabschluss habe man nie gebunden vorgelegt.

StR Funk meint, ob der Jahresabschluss nicht schon ohne Prüfbericht vorgelegt und letzterer nachgereicht werden könnte. Die Mehrheit des Gemeinderats erachtet dies jedoch nicht als sinnvoll.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 2 Ja-Stimmen (StRe Braig, Funk) 2 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Dann fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

1. Aufgrund von § 16 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz wird der Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wie folgt festgestellt:

1.1 Bilanzsumme **52.691.569,24 €**

1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	48.425.841,99 €
- das Umlaufvermögen	4.265.727,25 €

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital	0,00 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse	14.205.996,30 €
- die Rückstellungen	274.059,93 €
- die Verbindlichkeiten	38.211.513,01 €

1.2 Gewinn- und Verlustrechnung

- Jahresüberschuss	247.228,15 €
- Summe der Erträge	5.197.741,77 €
- Summe der Aufwendungen	4.950.513,62 €

2. Der Jahresgewinn (Überschuss) von 247.228,15 € wird den Rückstellungen zugeführt und auf die neue Rechnung vorgetragen. Er dient dem Ausgleich der in künftigen Wirtschaftsjahren zu erwartenden Verluste.

3. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2005 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 183/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 15.10.07

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 183/2007 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 184/2007 zur Beratung vor.

Frau Leonhardt erläutert anhand einer Folie die Gewerbesteuerentwicklung. Sie verdeutlicht, dass es sich bei den im Quartalsbericht dargestellten Zahlen um eine Hochrechnung auf das gesamte Jahr handle und das Geld noch nicht kassenwirksam vereinnahmt sei.

OB Fettback macht noch auf die erhöhten Umlagen im Zweijahresversatz aufmerksam, weshalb man 2008 eine Minuszuführung haben werden, was aber klar gewesen sei.

Damit hat der Gemeinderat vom Quartalsbericht zum Haushalt der Stadt Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 174/2007 vor. Eine öffentliche Diskussion erfolgte bereits im Bauausschuss am 11.10.07.

StR Späh bezieht sich auf einen Bericht der Schwäbischen Zeitung und Äußerungen des Landes Baden-Württemberg, wonach zum 18.07.08 verbindliche Regelungen gefordert würden.

BM Ogertschnig lässt wissen, das Thema werde bearbeitet und rechtzeitig reagiert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 11.1 Bekanntgaben: Verabschiedung Heinz Wamsler

OB Fettback trägt vor, nach über 40 Jahren Tätigkeit für die Stadt Biberach trete Herr Wamsler, Leiter des Ordnungsamtes, in den Ruhestand. Die Verabschiedung erfolge hausintern.

Er sei am 01.05.1967 zur Stadt gekommen und habe damals beim Kämmereiamt gearbeitet. Ab 15.11.1968 habe er die stellvertretende Amtsleitung beim Amt für öffentliche Ordnung übernommen und sei am 1. Mai 1996 dessen Amtsleiter geworden. Dies zeige auch, dass die Stellvertreter immer wieder einmal übernommen worden seien.

Eine umfassende Würdigung seiner Verdienste sei nicht möglich. Er hoffe, die 40 Jahre hätten auch Herrn Wamsler etwas gegeben und die lange Treue sei auch Grund dafür, dass man mit seiner Tätigkeit etwas für die Bürger erreichen wolle und sich mit der Stadt eine Stück weit identifiziere. Der öffentliche Dienst habe einen schlechteren Ruf, als dies berechtigt sei. Er sei auch ein Stückweit ein Standortfaktor, da die Wirtschaft auch auf Rechts- und Planungssicherheit achte, was nicht überall üblich sei, nicht einmal in der EU.

Er bezeichnet Herrn Wamsler als immer korrekten und loyalen „Schaffer“, der keine leichte Aufgabe ausgefüllt habe. In seiner Amtszeit seien einige Neuerungen eingeführt worden, beispielsweise die Samstagsöffnung der Einwohnermeldestelle, was intern sehr schwer durchsetzbar gewesen sei, sich aber als voller Erfolg erwiesen habe. Auch die Mitarbeiter sähen dies heute so. Auch der Präsenzdienst sei eine Aufgabe gewesen, in die Herr Wamsler involviert gewesen sei. Aktuell habe er einen Brief von Bürgern erhalten, die dringend darum bäten, diesen beizubehalten. Künftig koste dies die Stadt jedoch Geld. Herr Wamsler sei ferner in der Kommission Sicherheit der Schützendirektion tätig gewesen. Die Vermeidung von Obdachlosigkeit sei für ihn immer ein Thema gewesen. Er bezeichnet das Ordnungsamt als lockeres, fröhliches Amt, trotz nicht immer einfacher Aufgaben, was auch am Chef liege. Abschließend überreicht er Herrn Wamsler seine Entlassungsurkunde.

Es wird applaudiert.

Herr Wamsler führt aus, nach über 46 Jahren im öffentlichen Dienst gehe er mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Er habe seine Arbeit immer gerne gemacht, auch wenn man mit verschiedenen Aufgabenbereichen nicht immer Freude verbreiten können. Verkehrsaufgaben seien nicht einfach, da jeder sich berufen fühle, etwas zu wissen, meist würden jedoch nur eigene Interessen gesehen. Im Bereich Obdachlosigkeit habe er nie Räumungsschuldner in ihre bisherige Wohnung einweisen müssen, was der Stadt Geld gespart habe, sondern er habe durch arbeitsintensive Vermittlungen erreicht, dass die Räumungen verschoben worden seien. Hilfreich sei dabei gewesen, dass er als Altbiberacher viele kenne. Jüngst sei es gelungen, für den Wegfall der Bleicherstraße 52 ein Ersatzgebäude zu bekommen, welches das Landratsamt anmieten werde. Wolle man seine Aufgabe gut machen, seien gute, willige Mitarbeiter erforderlich, die er überwiegend gehabt habe, wofür er danke. Danken wolle er auch dem Gemeinderat für den stets fairen Umgang, auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei.

TOP 11.2 Bekanntgaben: Mitteilungsblatt Ringschnait

OB Fettback lässt wissen, dem jüngsten Mitteilungsblatt Ringschnait sei durch ein Versehen von OV Boscher der CDU-Antrag zum Mitteilungsblatt angehängt worden.

OV Boscher entschuldigt sich hierfür und meint, es sei einiges zusammengekommen.

TOP 12.1 Verschiedenes: Kosten Neubau Hallenbad

StR Abele spricht den Neubau Hallenbad an und meint, die Gesamtkosten würden immer wieder hinterfragt. Er fragt, wie hoch die derzeit geschätzten Gesamtkosten inklusive aller Maßnahmen seien.

OB Fettback dankt vorab für die Ankündigung dieser Anfrage. Der Aufsichtsrat habe am Folgetag eine Sitzung, in der auch die Kosten dargelegt würden. Die Kosten des Hallenbads ohne Blockheizkraftwerk seien mit 8,424 Mio. € beschlossen worden. Im Rahmen des Energieversorgungskonzepts habe der Gemeinderat sich für den Bau eines Blockheizkraftwerks entschlossen, weshalb 1,793 Mio. € hinzurechnen seien, womit man bei Kosten von 10,217 Mio. € wäre. Hinzu kämen noch die Hälfte der Erschließungskosten mit 279.000 € sowie Kosten für die Erschließung des Gebäudes, Netzkosten sowie die Planung der Außenanlage mit 392.000 €, was Gesamtkosten von 10,609 Mio. € ergebe. Diesen seien - was man immer gewusst habe - die Abbruchkosten von circa 400.000 € und die Ersatzbauten für Duschen und WCs mit geschätzten Kosten von 300.000 € hinzuzurechnen. Man könne diese Auflistung gerne allen Nicht-Aufsichtsräten zur Verfügung stellen. Die Firma Reisch arbeite zu einem Festpreis und hier seien keine Kostenerhöhungen zu erwarten. Dies zu erreichen sei nicht einfach gewesen, wofür Herrn Reuber Dank gebühre.

StR Abele stellt fest, es sei eine deutliche Entwicklung nach oben festzustellen und er fragt, ob hierüber im Gemeinderat diskutiert werde.

OB Fettback meint, zunächst müsse alles sauber aufgearbeitet werden, ehe eine Diskussion sinnvoll sei. Man müsse berücksichtigen, dass es viele nachträgliche Gemeinderatsbeschlüsse gegeben habe, die zu Kostenerhöhungen geführt hätten.

TOP 12.2 Verschiedenes: Leitbild katholischer Kindergärten

StRin Vollmer bringt vor, die katholischen Kirchen hätten am Freitag im Gottesdienst das Leitbild der katholischen Kindergärten vorgestellt. Dies sei eine raffinierte Veranstaltung mit einem kleinen Imbiss gewesen, zu der auch eine Broschüre vorgestellt worden sei.

TOP 12.3 Verschiedenes: Baumfällaktion „Im Forstgarten“

StR Pfender bringt vor, in der Vorwoche seien im Bereich Talfeld/Bergerhauser Straße viele Bäume gefällt worden. Er bittet den Grund darzulegen. Hierfür sei die Steigstraße zwei Tage gesperrt gewesen und gleichzeitig habe man die Bergerhauser Straße und den Bahnübergang der Hans-Liebherr-Straße gesperrt. Dies habe zu einem Verkehrschaos geführt. Er mahnt eine bessere Koordination der Maßnahmen an.

TOP 12.4 Verschiedenes: Beschilderung Parkhaus Wieland-Park

StR Pfender bringt vor, das Parkhaus Wieland-Park werde von Fremden häufig über die Danzigstraße angefahren, da das Hinweisschild erst nach der Rollinstraße komme. Er regt an, ein Schild am Parkhaus oder vor dem Parkhaus anzubringen. Er habe diesbezüglich die Stadtwerke vor drei Wochen per Mail informiert und keine Antwort erhalten.

Die Verwaltung signalisiert, die Anregung aufzunehmen.

TOP 12.5 Verschiedenes: Waldorf-Verein

StR Späh bringt vor, der Waldorf-Verein habe wegen der Kleinkinderbetreuung geschrieben. Es gehe um die Aufnahme in den Bedarfsplan. Hierzu existiere noch keine Antwort von der Verwaltung. Die Stellungnahme werde bis 09.11.07 erbeten, da der Zuschuss des Regierungspräsidiums hiervon abhängen.

EBM Wersch bestätigt den Termin und dass die Antwort in Arbeit sei. Dem Verein werde kein Nachteil entstehen.

TOP 12.6 Verschiedenes: Otto-Schlecht-Straße

StR Funk fragt, wann eine Straße nach Otto Schlecht benannt werde.

BM Ogertschnig antwortet, das Stadtplanungsamt führe eine Liste, in der die Namen nach Antragseingang sortiert und dann dem Gemeinderat im Rahmen von der Straßebenennung von Neubaugebieten zur Beschlussfassung unterbreitet würden.

Herr Kuhlmann fügt an, im Rahmen des Neubaugebiets Talfeld werde das Thema behandelt.

StR Funk ist dies zu spät und er äußert sich unzufrieden.

Anschließend wird die Sitzung von 19:40 Uhr bis 19:55 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

Gemeinderat, 22.10.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Buttschardt
Stadträtin:	Dullenkopf
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig